

CDU-Zwist um die TV-Gebühren

Lübecker Nachrichten, 25.08.2020

Kiel. In der Medienpolitik geht der frühere Fraktions- und Landespartei­chef der Nord-CDU, Christian von Boetticher, auf Konfrontationskurs zur eigenen Partei. Als Landesvorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates for­derte er gestern den Landtag auf, den Länderstaatsvertrag zur Erhöhung des Rundfunkbeitrages abzulehnen. „Wir schätzen unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk sehr, halten jedoch den Vor­schlag für dessen Entwicklung in der Zukunft nicht für zielführend mit Blick auf den zunehmenden Wettbewerb im internationalen Informationsmarkt“, erklärte von Boetticher. „Wir empfehlen deshalb die Ablehnung und eine Neuverhandlung.“ Vorgesehen ist eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags von 17,50 Euro auf 18,36 Euro. Die Ministerpräsidenten haben den Staatsvertrag unter­schrieben, jetzt müssen noch die Länderparlamente zustimmen. Der Landtag in Kiel soll an diesem Freitag entscheiden.

Die CDU-Fraktion will zu­stimmen, teilte ein Sprecher ges­tern mit. „Statt populistisch einen Verzicht zu fordern, sollte Herr von Boetticher sich lieber einmal mit den realen Zahlen auseinandersetzen“, sagte der Abgeordnete Tim Brockmann.